

Übersetzung aus dem Russischen

Rede des Ersten Sekretärs des ZK der Polnischen
Vereinigten Arbeiterpartei und Vorsitzenden des
Staatsrates der Volksrepublik Polen, Gen. Wojciech
Jaruzelski, auf der Tagung des PBA der Teilnehmer-
staaten des Warschauer Vertrags
Bukarest, 7. - 8. Juli 1989

Verehrter Genosse Vorsitzender!

Liebe Genossen!

Unser politisches und Verteidigungsbündnis besteht nun bereits
34 Jahre. Heute beginnt eine neue Phase seiner Existenz.

Sie resultiert aus der Entwicklung der internationalen Lage.
Die Forderungen der Welt von heute verschaffen sich stärker
Geltung als in den zurückliegenden Jahrzehnten. Die globalen
ökologischen Gefahren, die zunehmende technologische
Kluft, die weitreichenden Störungen im internationalen
Währungs- und Finanzsystem, die Aktivierung der öffentlichen
Meinung und die Neubewertung der nationalen und
allgemeinen Sicherheit - alles das stellt den Regierungen
und Völkern neue Aufgaben.

Wir schätzen und teilen vorbehaltlos die Wertungen und
Schlüsse, die Michail Sergejewitsch Gorbatschow heute unter-
breitet hat.

Das neue Denken, die Idee, das "gemeinsame europäische
Haus" zu errichten, die kühnen Initiativen des Genossen
Gorbatschow haben den Umgestaltungen in der Welt Dynamik
verliehen und den Völkern die neuen Möglichkeiten der
friedlichen Koexistenz und der Zusammenarbeit bewußt ge-
macht. Ein weiteres Mal hat das fortschrittliche, humani-
stische Wesen unserer Bewegung den Völkern Hoffnung auf
eine wahrhaft gedeihlichere und vor allem sichere Zukunft
des Planeten gegeben.

134

Die heutige Strategie der Länder unserer Gemeinschaft, die die universalen Werte der Menschheit in den Vordergrund stellt, entlarvt das verfälschte Sozialismus-Bild, das die antikommunistischen Kreise als Schreckgespenst und ideologisches Erpressungsmittel einsetzen, und gewinnt in der Öffentlichkeit des Westens neue Anhänger.

Die grundlegende, inspirierende Rolle bei diesen historischen Umgestaltungen spielt die Umgestaltung in der Sowjetunion. Sie wird vorbehaltlos von unserer Partei und der überwiegenden Mehrheit des Volkes unterstützt. Wir sind der Meinung, daß die Prozesse in den sozialistischen Ländern, unabhängig von den unterschiedlichen Begriffen und Gegebenheiten, einen gemeinsamen Nenner haben - sie leiten eine Etappe ein, die für die Zukunft der gesamten sozialistischen Ordnung Schlüsselbedeutung hat.

Genossen! Der nahende 50. Jahrestag der Entfesselung des zweiten Weltkriegs durch den Faschismus verhilft uns ein weiteres Mal zu der Erkenntnis, daß Frieden nicht nur Schweigen der Artilleriegeschütze, sondern auch ein auf festen Fundamenten beruhendes System der internationalen Sicherheit bedeutet.

In vielen Regionen der Erde schwelen leider noch immer Spannungsherde, darunter auch solche, die in einen bewaffneten Konflikt münden. Man kann sie nicht einfach annullieren. Doch sie müssen eingedämmt werden, damit sie den weltweiten Entspannungsprozeß nicht gefährden.

Dank der von der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten stimulierten positiven Veränderungen in den internationalen Beziehungen gehen diese Konflikte immer häufiger aus der "heißen" Phase in nicht leichte, aber dennoch Ergebnisse bringende Verhandlungen über. Das Beispiel Iran und Irak, Kambodscha, Angola, teilweise auch Afghanistan, Nikaragua und Äthiopien zeigt, daß das, was einst unmöglich schien, heute schrittweise Realität wird. Daraus kann gefolgert werden, daß die Politik unserer Gemeinschaft auf dem Schauplatz des Weltgeschehens fruchtbar ist, daß sie konsequent weitergeführt werden muß.

Verehrte Genossen!

Die Periode seit der vorangegangenen Tagung des PBA hatte für Fortschritte bei der Abrüstung immense Bedeutung. Ich meine vor allem die Liquidierung der sowjetischen und amerikanischen Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite, die einseitigen Reduzierungen der Streitkräfte der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der anderen Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags sowie die positiven Aspekte bei den wiederaufgenommenen Wiener Verhandlungen.

Die Vorschläge der Organisation des Warschauer Vertrages zeigen unseren Partnern, daß wir auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und gleichen Sicherheit zu weitreichenden Abrüstungsschritten bereit sind. Unsere Haltung führte dazu, daß der Beschluß über die sogenannte Modernisierung aufgeschoben wurde. Das Verhandlungsangebot der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags wurde angenommen, wenn auch mit Schwankungen und Widerstand.

Eben deshalb besteht neben der Wahrung der erforderlichen Wachsamkeit und Verteidigungsbereitschaft nach wie vor der Bedarf nach entschlossenen Aktionen, um die Abrüstungsvorschläge der Warschauer Vertragsstaaten in die Tat umzusetzen.

Diese Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses wird zweifellos ein sehr wichtiger Schritt auf diesem Wege sein.

Das Brüsseler Gipfeltreffen werten wir als ersten ernsthaften Versuch, die sowjetischen Vorschläge zu beantworten. Natürlich registrieren wir das weitere Fortbestehen unterschiedlicher Rudimente und Schablonen des "kalten Krieges". Andererseits kann der ebenfalls registrierte Akzent auf die politische Rolle der NATO und die nichtmilitärischen Funktionen dieses Pakts unserer Meinung nach bedeuten, daß sich Chancen für eine Reduzierung der militärischen Komponente in den internationalen Beziehungen abzeichnen. Dem dienen insbesondere die Entwicklung verschiedener Kontakte, internationale Kontrollen und vertrauensbildende Maßnahmen.

136

In den letzten Jahren wurde ein spürbarer Fortschritt bei der Stärkung zweier wichtiger Faktoren des KSZE-Prozesses erreicht - des politisch-militärischen und des humanitären. Sehr unbefriedigend kommt weiterhin die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit, der sogenannte "Korb zwei", voran. Einzelnen sozialistischen Ländern gegenüber werden nach wie vor diskriminierende Maßnahmen praktiziert.

Um so notwendiger sind unsere Integrationsbemühungen, wozu auch die Vorbereitung einer auch für den Westen attraktiveren Konzeption der Zusammenarbeit in Wirtschaft, Handel, Wissenschaft und Technik, besonders mit Blick auf die KSZE-Konferenz für wirtschaftliche Zusammenarbeit 1990 in Bonn, gehört.

Wir sind für ein pragmatisches Herangehen an die Wirtschaftsbeziehungen mit dem Westen, die auf vernünftigen Prinzipien der Handels- und Kreditpolitik beruhen. Wir sollten noch vor 1992 erreichen, daß Bedingungen für die Zusammenarbeit festgelegt werden, die die von den 12 EWG-Mitgliedsländern mehrfach deklarierten Prinzipien des offenen Charakters dieser Gemeinschaft bekräftigen.

In den Beziehungen Polens zum Westen kommt der Bundesrepublik Deutschland ein besonderer Platz zu.

Wie die anderen sozialistischen Länder, besonders die Sowjetunion und die Deutsche Demokratische Republik, sind wir bestrebt, die Entspannungstendenzen in der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland zu festigen. Wir danken, daß die Gespräche, die Michail Sergejewitsch Gorbatschow kürzlich während seines Besuchs in diesem Land führte, diese Tendenzen erheblich verstärken werden.

Eine Schlüsselfrage für die Zukunft Europas ist, daß die Bundesrepublik Deutschland einen umfassenderen Beitrag zur Festigung der europäischen Sicherheit leistet. Ausgangspunkt dabei muß natürlich die Achtung der unverbrüchlichen territorialen und politischen Realitäten des Nachkriegseuropas sein, die auf der Grundlage der Vereinbarungen von Jalta und Potsdam entstanden sind.

Die jüngsten Erklärungen einiger führender Regierungsvertreter der Bundesrepublik Deutschland, die eindeutig die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges negieren, das Anwachsen der großdeutschen Ambitionen und des Einflusses der neofaschistischen Kräfte sowie die revanchistischen Ausfälle - das alles sind neuerliche Alarmsignale, die beunruhigen müssen.

Seit Anfang dieses Jahres führen wir in Bonn Verhandlungen auf der Ebene von Bevollmächtigten der Regierungschefs. Vorläufig können ihre Ergebnisse noch nicht befriedigen. Insbesondere unter Bezugnahme auf sogenannte Präzedenzfälle im Hinblick auf einige sozialistische Länder - Polen hält sie aber infolge seiner ethnischen und geschichtlichen Eigenart nicht für Präzedenzfälle - ist die Bundesrepublik Deutschland nach wie vor nicht bereit, die Beziehungen mit der Volksrepublik Polen so zu entwickeln, wie es sich logisch aus den Geschichtsfakten der Jahre 1939 und 1945 ergibt.

Genossen! Die Dialektik der historischen Umgestaltungen umgeht nichts und niemanden. Diese Gesetzmäßigkeit trifft auch auf die sozialistischen Länder zu. Der Charakter der Veränderungen, die sich in ihnen vollziehen, resultiert sowohl aus den nationalen und historischen Bedingungen als auch aus den Disproportionen im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungsniveau. Somit verlaufen sie dem Charakter nach ungleichmäßig und differenziert. Das ist eine objektive Erscheinung.

Sie veranlaßt die NATO-Strategen, auf zentrifugale Tendenzen zu setzen und zu versuchen, die einzelnen Länder unserer Gemeinschaft differenziert zu behandeln. Wir geben uns keiner Illusion hin. Das langfristige Ziel bleibt unverändert, die sozialistische Ordnung zu desintegrieren, zu destabilisieren und zu schwächen.

Je mannigfaltiger die Entscheidungen in den einzelnen sozialistischen Ländern sind, um so enger müssen sie deshalb im Bündnis zusammenwirken, um so offener müssen sie sich über die Probleme der Bruderparteien und Völker informieren und um so umfangreicher müssen die Kontakte

zwischen den einfachen Bürgern sein.

Bereits in drei Jahren wird Westeuropa ein weiteres, sehr hohes Integrationsniveau erreichen. Wir haben mehrfach auf diesem Forum wie auch auf den Treffen der höchsten Repräsentanten der Mitgliedsstaaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe betont, daß die Integrationsprozesse bei uns erheblich langsamer verlaufen als im Westen. Diese Tendenz müssen wir entschieden verändern.

Mit doppelter Energie müssen wir nach einem neuen Inhalt und neuen Formen unserer Zusammenarbeit suchen. Ein gutes, doch noch nicht ausreichend verbreitetes Beispiel ist die Schaffung gemeinsamer Produktions- und Handelsbetriebe, von Aktiengesellschaften und Banken mit gemischtem Kapital. Die beispiellose Intensivierung des polnisch-sowjetischen Kulturaustauschs, der Ferienaustausch zwischen Polen und der DDR, in den Hunderttausende Jugendliche einbezogen sind, sowie das trilaterale Umweltabkommen zwischen Polen und seinem westlichen und südlichen Nachbarn sind mit Genugtuung registrierte Erscheinungen des neuen Denkens nun auch in den Beziehungen unserer Gemeinschaft.

Verehrte Genossen!

Gestatten Sie mir, abschließend kurz einige Probleme und Ereignisse in Polen darzulegen. Wir sind uns bewußt, daß sie in den Bruderparteien und -ländern auf Interesse und Besorgnis stoßen.

Trotz zahlreicher Anstrengungen unsererseits dauert die gesellschaftliche und wirtschaftliche Krise in Polen an. Ihre Ursachen sind unterschiedlicher - objektiver wie auch subjektiver - Art. Fakt ist jedoch, daß die Lebensbedingungen zahlreicher Gruppen von Werktätigen schwierig bleiben. Das wirkt sich natürlich negativ auf die Stimmungen aus und bewirkt eine komplizierte politische und psychologische Atmosphäre. Ich möchte das Thema nicht breiter abhandeln, weil das mehr Zeit in Anspruch nehmen würde. Ich denke, dazu wird morgen, während unseres Arbeitstreffens, Gelegenheit sein.

Heute möchte ich nur hervorheben, daß den in der jüngsten Periode getroffenen Beschlüssen die reale Situation zugrunde lag, daß sie die Prozesse der demokratischen Umgestaltungen beschleunigte.

Anfang dieses Jahres hat das 10. Plenum des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei die Richtungen und Ziele der derzeitigen Etappe der sozialistischen Erneuerung umrissen. Das betrifft auch die Erweiterung der politischen und parlamentarischen Strukturen der Volksrepublik Polen. Wir wußten und wissen um die Gefahren, die sich aus diesen Entscheidungen ergeben. Andererseits gibt es auch Chancen. Insbesondere rechnen wir damit, daß die Einbeziehung der Opposition in das gemeinsame Vorgehen, in die gemeinsame Verantwortung für die Angelegenheiten die Lösung der ungewöhnlich komplizierten, insbesondere wirtschaftlichen, inneren Fragen erleichtern und die Volkswirtschaft vor den Folgen politischer Konflikte bewahren wird.

Die Wahlen in beide Kammern des Parlaments, auch wenn sie für die PVAP und ihre Koalitionsbündnispartner ungünstig ausgefallen sind, bieten Chancen, daß sich die Lage in Polen ohne Konfrontation entwickelt und unter den Bedingungen der Widersprüche und des Klassenkampfes der entscheidende Einfluß der Partei und der prosozialistischen Kräfte auf die Entwicklungsrichtung Polens bewahrt bleibt.

Wir stehen fest zu unserer internationalistischen Pflicht. Deshalb werden wir besonders dafür Sorge tragen, daß in der vielfältigen Palette politischer Kräfte, die das neue Parlament bilden, völlige Klarheit über die für die Sicherheit Polens und somit vor allem für unsere Verbündeten grundlegenden Fragen herrscht. Unser Land ist und bleibt Mitglied der sozialistischen Gemeinschaft, ein stabiles Glied der Organisation des Warschauer Vertrages.

Genossen! Unsere Delegation hat aufmerksam die Vorschläge zur Reorganisation der Kommandostrukturen zur Kenntnis genommen.

Die Diskussionen über die Reorganisation der Kommandostrukturen der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages dauern noch an. Wir halten ihre Weiterführung für äußerst wichtig und sind gleichzeitig der Meinung, daß die Veränderungen begründet sind und in vollem Bewußtsein gessen vorgenommen werden müssen, daß das militärische Potential der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die gewaltigen Verteidigungsanstrengungen des Sowjetvolkes der Kern und das Fundament unserer gemeinsamen Sicherheit sind.

Abschließend möchte ich im Namen der polnischen Delegation dem Generalsekretär des PBA, dem Oberkommandierenden und dem Stab der Vereinten Streitkräfte für ihr aktives und fruchtbares Wirken zum Wohle unserer Gemeinschaft danken.

Ich möchte außerdem unseren rumänischen Gastgebern für den herzlichen Empfang und die guten Bedingungen und die Organisation unserer Arbeit Dank sagen.